

# Bundesratssitze: Was läuft zwischen SVP und CVP?

Christoph Blocher dementiert, dass seine Partei der SP einen Sitz wegnehmen wolle

VON PATRIK MÜLLER  
UND OTHMAR VON MATT

Die Schlagzeile sorgte am vergangenen Wochenende für Wirbel: «SVP will SP-Bundesrat abwählen», titelte die «NZZ am Sonntag» auf ihrer Frontseite. Auslöser der Schlagzeile waren Aussagen von SVP-Präsident Toni Brunner im Interview, in dem er sagte: «Warum soll nicht eine andere bürgerliche Kraft wieder mehr Sitze auf Kosten der Linken erhalten?» Weiter liess sich Brunner so zitieren: «Ich bin offen, mit FDP und CVP über die Zusammensetzung der Regierung in der nächsten Legislatur zu sprechen.»

Die «Zuspitzung» der Zeitung, wonach man einen SP-Bundesrat abwählen wolle, sei falsch, sagt SVP-Strategie Chris-

toph Blocher. Toni Brunner habe sich im Interview zur Konkordanz bekannt, und das gelte nach wie vor: «Die drei grossen Parteien sollen je zwei Sitze im Bundesrat haben, die viertgrösste einen Sitz.» Nach den Wahlen sehe man, welche Partei wie gross sei. Dass die SP aber auf Rang vier abfällt, erwartet Blocher nicht. «Ich sage es klar: Es ist nicht die Meinung der Partei, einen SP-Bundesrat abzuwählen.» An der «bewährten alten Zauberformel» festhalten will auch SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz, wie er in einem Interview auf NZZ online sagt.

**NUR ZEIGEN RECHERCHEN:** Präsident Toni Brunner stellt das Szenario, dass ein SP-Bundesratssitz zur CVP gehen könnte, auch in Gesprächen mit CVP-Präsident Christophe Darbellay angedeutet haben. Im Zuge der CVP-Familieninitiative ver-

besserten sich die Beziehungen zwischen CVP und SVP. Weil die SVP das CVP-Begehren unterstützt, obwohl sie es noch im Parlament abgelehnt hatte. In diesem Zusammenhang sprechen Darbellay und Brunner zurzeit häufig zusammen. Konfrontiert mit den Recherchen, will Darbellay nichts sagen. «Die Schweiz hat im Moment wichtigere Probleme zu lösen», betont er. Brunner selbst hält fest, er äussere sich nicht zu Gesprächen.

Die Aussagen, die er in der «NZZ am Sonntag» gemacht hat, nimmt Brunner nicht zurück. Noch immer sagt er zwar, er sei Anhänger der arithmetischen Konkordanz. Aber er betont auch, diese sei seit Jahren gebrochen. «Nach den Wahlen müssen wir unter den Parteien das Gespräch suchen», sagt Brunner. «Aktuell gibt es eine Mitte-Links-Regierung und ein Mitte-Links-Parlament. Natur-

lich wären mir eine bürgerlich dominierte Regierung und ein bürgerliches Parlament lieber. Es muss ja nicht so sein, dass die SVP das ganze Leben ausgegrenzt oder untervertreten bleibt.»

Damit sind gewisse Differenzen auszumachen zwischen dem Duo Blocher/Amstutz und dem Duo Toni Brunner und SVP-Nationalrat Peter Keller. Es war Keller, der in der «Weltwoche» die Idee lanciert hatte, der CVP einen Sitz auf Kosten der SP zuzuhalten. Weil eben Macht zur DNA der CVP gehöre.

Blocher selbst sagt, Brunner habe im Interview den Artikel Kellers in der «Weltwoche» verteidigt. Der SVP-Doyen droht mit Opposition für den Fall, dass die SVP als grösste Partei auch nach den Wahlen nur einen Sitz hat. «Dann werden wir mit Volksinitiativen noch mehr Opposition machen müssen.»

BUNDESPLATZ



Die Kultserie «Raumschiff Enterprise» hat viele Fans – auch im Bundeshaus. Als einer der ersten Politiker reagierte der GLP-Nationalrat **Beat Flach** auf die Nachricht vom Tod **Leonard Nimoy** (Bild). «Goodbye Mr. Spock», twitterte er und unterschrieb den Tweet mit «Wir Vulkanier». Findet Flach noch einige Kollegen im Parlament, die sich gleichermassen outen, könnte er gleich eine eigene Fraktion bilden.

Wie eigenständig ist der Bundesrat? Diese Woche zeigte sich, woran sich die Regierung wirklich orientiert: Es ist nicht, wie oft behauptet, Brüssel, sondern Kingston. In der Hauptstadt Jamaikas beschloss das Parlament am Dienstag, den Konsum von Marihuana nicht mehr zu bestrafen. Nur zwei Tage später verkündete der Bundesrat, den Einsatz von Cannabis als Schmerzmittel zu prüfen. Unklar ist, wie SVP-Vertreter **Ueli Maurer** dazu steht. In seinem Garten fanden sich schon 2004 Hanfpflanzen.

Adelboden hat die amerikanische Botschafterin **Suzi LeVine** eingeladen, einen Blick hinter die Kulissen einer Ski-Destination zu werfen. LeVine krönte ihren Besuch mit der Taufe des Pistenfahrzeugs «Snow Force One». Klar ist damit: Zumindest in Adelboden gibts für LeVine kein Skilift-Chaos.



Brauchen Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft: Syrische Flüchtlinge in einem Lager im jordanischen Mafraq.

KEY

## Mehr Hilfe für Syrien-Flüchtlinge

Parlamentarier erhöhen Druck auf den Bundesrat, mehr Geld zu sprechen und mehr Flüchtlinge aufzunehmen

VON HENRY HABEGGER

Eben hat die Killermiliz IS im Nordosten Syriens 200 Christen verschleppt. Millionen von Menschen sind mittlerweile auf der Flucht vor dem Krieg. Der Wintereintritt hat die Lage noch verschärft.

Jetzt macht das Parlament Druck auf den Bundesrat, mehr zu tun, um den Notleidenden zu helfen. Nächste Woche, zu Beginn der Frühlingssession, reichen mindestens drei Parlamentarier Vorstösse in beiden Räten ein.

«Förderung des Schutzes für Flüchtlinge aus Syrien mittels humanitärer Hilfe vor Ort» verlangt in einem Postulat Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH). Einen ähnlichen Vorstoss reicht ein FDP-Vertreter im Ständerat ein. Es geht um «konkrete Massnahmen in den Bereichen Nothilfe und Wiederaufbauhilfe, um eine Verbesserung der Situation der Vertriebenen in Syrien und der Flüchtlinge aus Syrien in den Nachbarländern zu erreichen». Wenn nötig

soll ein ausserordentlicher Rahmenkredit gesprochen werden. Wie hoch der wäre, ist offen. Klar ist für Schmid-Federer: «Angesichts der grossen Tragödie muss die humanitäre Hilfe vor Ort massiv verstärkt werden. Die Menschen in den Krisengebieten brauchen uns jetzt.»

Dominique de Buman (CVP, FR) will mittels Motion die individuelle Einreise von Flüchtlingen in die Schweiz erleichtern. Angehörige von Syrern in der Schweiz sollen Visaerleichterungen erhalten. Besonders vom Krieg betroffene Personen sollen zudem dank humanitären Visa einreisen dürfen. Die Vorstösse gehen auf eine Initiative des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) zurück, das im Januar alle Parlamentarier anschrieb und auf die Dramatik der Lage in Syrien hinwies.

«ES UNBESTRITTEN, dass die grossen

teilungsleiter Integration und Rückkehr beim SRK in Bern. «Dazu kommt, dass es bis anhin kaum eine Flüchtlingssituation gegeben hat, die so lange und so in-

### 128 Mio. Fr.

Diese Summe hat die Schweiz seit Ausbruch des Syrien-Konflikts für humanitäre Hilfe eingesetzt.

tensive humanitäre Nothilfemassnahmen der internationalen Gemeinschaft nach der eingetreten hat.»

Laut Daten des Staatssekretariats für Migration (SEM) hat die Schweiz im Syrien-Konflikt bisher rund 128 Millionen für humanitäre Hilfe eingesetzt. «Aufgrund der aktuellen Situation ist es wichtig, dass gerade Massnahmen im Bereich der Nothilfe möglichst schnell

geplant, finanziert und umgesetzt werden können», betont Köppel.

Wichtig wäre aus Sicht des SRK die Wiedereinführung der Visa-Erleichterungen für Syrer. Der Bundesrat hatte sie 2013 vorübergehend eingeführt. Rund 4200 Syrien-Flüchtlinge konnten so laut SEM bisher einreisen. Das SRK hat viele dieser Leute bei der Einreichung der Visagesuche und der Einreise in die Schweiz unterstützt und ist überzeugt: Die Wiedereinführung der Visa-Erleichterung «ist eine sehr wirkungsvolle Ergänzung zu einer gruppenweisen Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien», sagt Köppel.

Unabhängig davon prüft der Bundesrat derzeit Massnahmen. 2013 hatte er beschlossen, innert dreier Jahre via UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ein Kontingent von 500 besonders verletzlichen Syrien-Flüchtlingen aufzunehmen. Diese Zahl könnte nun erhöht werden. Thema ist auch, dass sich die Schweiz am Pilotprojekt der EU beteiligt, die 10 000 Flüchtlinge aufnehmen will.

## Bundesrat hat Angst vor Run auf Bargeld

DER BUNDESRAT sucht das Gespräch mit der Nationalbank in Sachen Negativzinsen. Das zeigen Recherchen. Die Regierung hat Angst, dass es plötzlich zu einem Run auf Bargeld kommt – wenn die Negativzinsen auch für die Konten von Schweizer Kleinanlegern gelten.

Das ist bis heute nicht klar, wie Nachforschungen der CVP ergeben haben. «Gemäss Auskunft der Nationalbank fallen etwa 440 Milliarden Franken unter die Negativzinsen», sagt CVP-Ständerat Pirmin Bischof. «Ausgenommen sind aber heute schon 300 Milliarden als Freibeträge der Banken. Es verbleiben 140 Milliarden.» Ein Teil davon betreffe ausländische Fremdwährungsbestände, die in der Schweiz in Franken getauscht und angelegt werden. «Ein anderer Teil betrifft Schweizer Pensionskassen und Schweizer Kleinanleger», sagt Bischof.

Der Freibetrag von Banken errechnet sich aus den Mindestreserven. Multipliziert mit dem Faktor 20 kommt man auf den Freibetrag, den die Nationalbank pro Bank gesprochen hat. «Nun fühlen sich Privatbanken gegenüber Grossbanken und Kantonalbanken benachteiligt», sagt Bischof. «Sie erhalten nur deutlich tiefere Freibeträge.»

Für Bischof muss die Nationalbank nun aber vor allem wegen der Kleinanleger «schnell reagieren», wie er betont. «Sie muss eine Triage sicherstellen: Ausländische Gelder sollen unter den Negativzinsen fallen, Schweizer Volksvermögen hingegen muss geschützt werden. Vor allem jenes der Pensionskassen und der Kleinanleger.» Sonst würden plötzlich Tausendernoten gehortet. OTHMAR VON MATT